

**Plurilingualism – challenge, obstacle or chance for
European co-operation in education**

**Plurilinguisme – un déficit, un obstacle ou une chance pour
la coopération en éducation**

**Vielsprachigkeit – Herausforderung, Hindernis oder Chance für eine
europäische Bildungskooperation**

**Peter J. Weber (Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit, Brüssel,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)**

- Eine ausführliche Version ist erschienen in: „Bildungspolitik und Sprachenpluralismus in der Europäischen Union“. In: Bildung und Erziehung, 57. Jg. Heft 1/März 2004, 5-25.

Einleitung

Im Artikel 151 des EG-Vertrags (Vertrag von Amsterdam in der Fassung vom 26. Februar 2001) verpflichtet sich die Europäische Union einen Beitrag zu leisten „... zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt ...“. Im Kapitel 3 desselben Vertrags werden der EU nur Fördermöglichkeiten in Ergänzung zu den nationalen Bildungspolitiken gegeben. Somit steht die EU vor einem bildungspolitischen Paradox (Hörner 1994: Einerseits wird versucht, mehr Einfluss auf die Bildungssysteme durch transnationale Fördermaßnahmen, Qualitätsstandards und vergleichbare Zertifikate (vgl. z.B. Bologna-Prozess) zu erlangen, andererseits führt das rechtliche ‚Harmonisierungsverbot‘ zu einer Zementierung der Verantwortung auf nationaler, aber auch regionaler Ebene, so dass ein Konsens über einen gemeinschaftlichen Bildungsauftrag für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit erschwert wird (Schleicher 2002a).

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage, inwieweit man von einer die nationalstaatlichen Politiken ergänzenden gemeinschaftlichen Sprachen- und Bildungspolitik der EU ausgehen kann, die transnationale Bildungskooperationen unterstützt.

1. Sprachenpluralismus in der EU

Untersucht man die Frage, ob Vielsprachigkeit eine Herausforderung, Hindernis oder Chance für eine europäische Bildungskooperation sein kann, so bezieht sich diese zunächst auf unterschiedliche Domänen der mehrsprachigen Gesellschaft. Eine entsprechende Sprachen- und Bildungspolitik hätte zum einen die Sprachverwendung in den öffentlichen Räumen der Nationalstaaten und den Organen der EU (gesellschaftliche Mehrsprachigkeit) sowie andererseits die Sprachverwendung der einzelnen Bürger mit und in öffentlichen Einrichtungen (individuelle Mehrsprachigkeit) zu regeln.

Schon für die institutionelle Sprachregelung ist die Situation der EU mit ihren 20 Amtssprachen für ca. 455 Millionen Bürger ungleich komplexer als z.B. für Nordamerika (USA, Kanada und Mexiko) mit drei offiziellen Sprachen für 387 Millionen Menschen (Lüdi 2001). Doch der europäische Sprachenpluralismus bezieht

sich nicht nur auf offizielle Amts- und Arbeitssprachen; er bezieht sich auch auf ca. 55 Regional- oder Minderheitensprachen wie Katalanisch oder Sorbisch, die von ca. 24 Millionen Bürgern gesprochen werden (vgl. Nelde/Strubell/Williams 1996; Hinderling/Eichinger 1996; Nelde/Rindler Schjerve 2003). Und schließlich leben ca. 19 Millionen ‚Einwanderer‘ in der EU, die mit ihren extraterritorialen Sprachen die Sprachenvielfalt erhöhen (Der Spiegel, 25/2002, S. 120). Allein diese Komplexität führt zu Reduzierungen in der Verwendung von Sprachen, der eine gemeinschaftliche Sprachenpolitik Tribut zollen müsste.

1.1 Die künstliche europäische Vielsprachigkeit

Englisch spielt in den meisten internationalen Organisationen und Gremien die zentrale Rolle in der öffentlichen Kommunikation, es ist aber auch unangefochten das wichtigste Kommunikationsmittel in globalen Wirtschaftskontexten, der akademischen Welt, Film- und Musikindustrie und im Internet¹ (Ammon 2001, Konrad 2003). Mehrsprachigkeit wird in der Folge oft auf die Formel der Beherrschung einer Muttersprache und des Englischen reduziert. Die „künstliche Mehrsprachigkeit in einer Muttersprache + [Variation von] Englisch“ (vgl. Nelde 1995, 32), die ohne Zweifel Vorteile in transnationalen Kommunikationskontexten hat, könnte für den europäischen Integrationsprozess zum Problem werden, wenn Muttersprachen auf Nationalsprachen reduziert würden, da dann die identitätsstiftende Funktion der Sprache fast ausschließlich auf diese Nationalsprachen beschränkt bliebe (Bossong 1995). Gefahr besteht also, wenn eine unter ökonomischen Gesichtspunkten plausible Reduzierung der internationalen Kommunikation in einer Lingua Franca wie Englisch zuzüglich einer nationalen ‚Identitätssprache‘ auch auf die individuellen Kontexte übertragen wird. Schon heute sind nach einer Eurobarometer-Umfrage (2001) 71% der EU-Bürger der Ansicht, dass alle Einwohner der EU neben ihrer Muttersprache Englisch als zweite Sprache sprechen sollten (Eurobarometer 2001).

Mit der zunehmenden Bedeutung von Englisch könnten Nationalsprachgemeinschaften, wenn ihre Sprache nur eine untergeordnete Rolle spielt, in eine ähnliche Lage kommen wie die heutigen regionalen Minderheitensprachgemeinschaften (Ubiquität des Minderheitensprachenproblems; Bossong 1995, 36).

1.2 Die Verdrängung der sprachlichen Vielfalt

Die Marginalisierung von Sprachen als Regional- oder Minderheitensprachen begann mit der Herausbildung und Konsolidierung des „modernen“ Staates, der die Bildungspolitik zur Förderung seiner Staatssprache auf Kosten der anderen Sprachen nutzte und damit bis heute implizit, aber auch explizit eine Bildungspolitik an die Sprachenfrage koppelt (vgl. Hansen 2001). Aus kontaktlinguistischer Sicht liegt der Beginn dieser Entwicklung bei Nebrijas erster Grammatik des Spanischen, der „Grammática de la lengua castellana“ im Jahr 1492, in deren Prolog die berühmte Formel steht: „siempre la lengua fue compañera del imperio“, mit der die Entwicklung der Volkssprache Spanisch konsequent an die Ausformung eines kastilischen staatlichen Territoriums gebunden wird (Bossong 1990, 71 ff.). Diese Verknüpfung hatte

¹ Etwa 30% von 619 Millionen Menschen im Internet verwendeten im September 2002 Englisch, gefolgt von Chinesisch (10,9%) (Global Reach 2002: www.global-reach.biz/globstats).

weitreichende Folgen für Regionalsprachen oder staatslose Sprachen, indem Sprache zu einer Grenzmarkierung wurde, die nicht nur die Grenze zwischen zwei Staaten, sondern auch die Grenze zwischen verschiedenen (sprachlichen) Gesellschaften kennzeichnet (Nelde/Weber 2000b).

Mit der zunehmenden Bedeutung des Englischen könnten weniger repräsentative Nationalsprachgemeinschaften, in eine ähnliche Lage kommen wie die heutigen regionalen Sprachgemeinschaften (vgl. Ubiquität des Minderheitensprachenproblems; Bossong 1995: 36). In einem transnationalen Raum Europa muss mithin die Beziehung zwischen Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit neu überdacht werden (Nelde 1995), da sich parallel zur Entwertung der EU zu einer ökonomischen Freihandelszone eine sprachliche ‚Homogenisierung‘ andeutet, wie sie von den Organen der EU vorgelebt wird (Weber 2004a). Mit der EU-Erweiterung hat diese Problematik an Aktualität gewonnen, da sich durch den Neu-Eintritt der Nationalstaaten das Verhältnis zwischen National- und Regionalsprachen sowie der Lingua Franca Russisch drastisch verändert hat. So werden zwar ehemals prestigelose Sprachen beispielsweise durch den EU-Beitritt formal als offizielle Sprache der EU aufgewertet, doch ist ein höheres Prestige gegenüber den Linguae Francae Deutsch, Russisch und Englisch sowie Französisch innerhalb der Verwaltung der EU aus verschiedenen Gründen fraglich. Ebenso erfahren Regionalsprachen durch den EU-Beitritt eine größere Berücksichtigung (vgl. Art. 151, Abs. 1 EG-Vertrag – Amsterdamer Fassung), die sie ihrerseits in ein neues Verhältnis zu den alten und neuen Nationalsprachen der Beitrittsländer rückt.

2. Sprachen- und bildungspolitische Tendenzen der EU

Dass die EU für eine sprachlich vielfältige Gemeinschaft steht, hat sie in den Artikeln 21 und 22 der Grundrechtecharta und in den Art. 21 und 151 der konsolidierten Fassung des EG-Vertrages (Vertrag von Nizza 2001) fest geschrieben. Diese Vielfalt unterstreicht der Europarat mit den „Conclusions du Conseil sur la diversité et le pluralisme linguistiques dans l’Union européenne“ vom 12. Juni 1995 (Drucksache 7755/95). Schon mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 gab sich die Europäische Gemeinschaft das Ziel, eine immer engere Union der Völker zu verwirklichen (Art. A, Vertrag von Maastricht). Dementsprechend wurde in den Art. 126 bis 128 dieses Vertrags eine Bildungs- und Kulturpolitik sowie indirekt eine Sprachenpolitik in die sektoriellen Politiken der intergouvernementalen Verträge zwischen den EU- Staaten aufgenommen, deren Kernstück transnationale Kooperationen sind. Eine ‚Bildungsunion‘ durch Harmonisierungsmaßnahmen nationaler Politiken analog einer Wirtschafts- oder Währungsunion ist mithin nicht vorgesehen, auch nicht in dem Entwurf für den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (vgl. Teil III Artikel 16).

Aus diesem Grund bleiben für die zukünftige Entwicklung der europäischen Sprachenfrage die Maßnahmen der einzelnen Organe der EU für die offiziellen und nicht-offiziellen Sprachen von Bedeutung, aber auch die Regelung der Sprachenverwendung in den Organen selbst, mit der die Sprachenverwendung in den Nationalstaaten und ihren Gesellschaften beeinflusst werden.

2.1 Das Sprachenregime in den Europäischen Organen

Die Regelung der Sprachverwendung der Organe internationaler Organisationen ist bedeutsam für deren öffentliches Erscheinungsbild. Hierbei wird für das Sprachenregime in Amts-, Arbeits- und Schaltsprachen unterschieden. Aufgrund

historisch gewachsener Machtverhältnisse findet sich in vielen internationalen Organisationen eine selektive Vielsprachigkeit für die Amts- und Arbeitssprachenregelung, der sich aufgrund der eingangs angeführten gesetzlichen Grundlagen einer sprachlichen Vielfalt für die EU verbietet. Über die eigentlichen Sachfragen und andere emotionale Konflikte hinaus ergibt sich Konfliktpotenzial zwischen den einzelnen in den internationalen Gremien vertretenen Sprachgruppen schon alleine aus der Frage, welche Sprachen als Amts- und Arbeitssprachen anerkannt werden, aber auch in welche offiziellen Amtssprachen bei der alltäglichen Arbeit gedolmetscht wird.

Weiteren Zündstoff erhält die Sprachenfrage, da die rechtliche Grundlage für die Wahl eines bestimmten Sprachenregimes auf die Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vom 15.4.1958 gemäß Artikel 217 des EWG Vertrags zurückgeht (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 6.10.1958). Nicht mehr zeitgemäß ist die Verordnung, da keine Bestimmung von Amts- und Arbeitssprachen vorgenommen wird und zumindest eine der Amtssprachen eines jeden Mitgliedstaats automatisch Amts- und Arbeitssprache der EU ist. Neben den Sprachregelungen durch Geschäftsordnungen haben sich denn auch pragmatische in der Verwendung von Sprachen in den einzelnen Organen herausgebildet, die im Prinzip auf eine Dreisprachigkeit in Englisch, Französisch und Deutsch in der Europäischen Kommission, im Parlament, im Europäischen Rat und im Europäischen Gerichtshof hinausläuft (vgl. Schweitzer/Hummer 1996, 46 f.; Witt 2001).

Resümierend ist mithin ersichtlich, dass die in Grundrechtecharta, EG-Vertrag und den Schlussfolgerungen des Rates verankerte sprachliche Vielfalt der Gemeinschaft im Grunde nur in schriftlich verfassten offiziellen Dokumenten etwa einzuhalten ist. Schon bei öffentlichen Internetauftritten der Organe wird dies Prinzip durchbrochen. In der mündlichen, aber auch in der schriftlichen Kommunikation zwischen den EU-Bürgern und ihren Organen, besteht meist eine pragmatische Dreisprachenregelung. Zu prüfen bleibt, inwieweit der selektive Multilingualismus der EU-Organen einen Einfluss auf ihre Sprachen- und Bildungspolitik hat, die letztlich auch die Sprachenregelung in Bildungskoooperationen bestimmt.

2.2 Die Sprachenpolitik für die offiziellen Sprachen der EU

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die europäische Politik im Bereich Sprachen zunächst auf das Axiom einer fremdsprachenbasierten Völkerverständigung fixiert, wie es die ‚berühmte Resolution‘ 69(2) zu einer Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts aus dem Jahre 1969 zeigt. Erst mit Maastricht wurde der Fokus stärker auf den Erhalt der sprachlichen und kulturellen Vielfalt gelegt (Art. 128 des EG-Vertrags in der Fassung vom 7. Februar 1992, Vertrag von Maastricht), auch wenn die Immigrantensprachen keine Erwähnung finden. Seit Verabschiedung der Lissabonner Strategie im Jahr 2000 zur ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Erneuerung der EU rückten Kenntnisse in mehreren Sprachen in den Mittelpunkt von Aktionsplänen der EU (http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/index_en.html).

In die 1990er Jahre fallen als zentrale Impulse - neben vielen Projekten und Programmen - ausgehend vom Europarat u. a. das Abkommen über regionale und Minderheitensprachen vom 5.11.1992 und die „Conclusions du Conseil sur la diversité et le pluralisme linguistiques dans l’union Européenne“ im Jahre 1995. In demselben

Jahr veröffentlicht die Europäische Kommission das Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. Danach sollte die erste Fremdsprache in der Sekundarstufe als Unterrichtssprache in verschiedenen Fächern benutzt werden (Europäische Kommission 1995, 72 f.). Insbesondere der Europarat und die Europäische Kommission verdienen daher im Folgenden eine nähere Betrachtung.

Der Europarat ist als internationale Organisation nunmehr seit 40 Jahren im Bereich Sprachenpolitik tätig. Mit seinen sich ergänzenden Organen, der Language Policy Division in Strasbourg (Frankreich)² und dem European Centre for Modern Languages in Graz (Österreich), wurden zum einen übergreifende Zielsetzungen einer Fremdsprachenpolitik (vgl. „Recommendation concerning Modern Languages“ (98/6); „Recommendation on the European Year of Languages“ (1539/2001) oder „Resolution on the European Language Portfolio“) formuliert, zum anderen hat der Europarat aktiv zur Weiterentwicklung von didaktischen Konzepten beigetragen. Sehr bedeutend ist die Definition von „threshold-level“ und „waystage“-Niveaus der Fremdsprachenbeherrschung, die in Verbindung mit dem europäischen Sprachenportfolio zu sehen sind (http://www.coe.int/T/E/Cultural_Cooperation/education/Languages/).

In der Europäischen Kommission ist die Generaldirektion Bildung und Kultur für die Förderung von strategischen Entwicklungen und Innovationen zuständig. Zentrale Hilfsmittel für die Umsetzung von Aktionsplänen im Bereich Sprachunterricht und Sprachenerwerb sind Programme wie SOKRATES oder LEONARDO. In ihrer neuen Außerdarstellung nach dem Jahr 2000 untergliedert die Kommission ihre Tätigkeiten in die Bereiche „Innovative Initiativen zum Fremdsprachenerwerb“, „Minderheitensprachen“ und „Sprachenlernen“. Insbesondere der erste Bereich ist für die Sprachenpolitik in der EU von zentraler Bedeutung, da hier über die Nationalstaaten hinweg Modelle für den zukünftig dreisprachigen Bürger langfristig etabliert werden sollen.

Dort finden sich u.a. folgende Initiativen: Europäisches Siegel für innovative Initiativen im Bereich Sprachunterricht und Sprachenerwerb, Frühzeitiges Erlernen von Fremdsprachen, Integriertes Lernen von Inhalten und Sprache, Mehrsprachige Verständigung, Qualitätsindikatoren und Qualitätssysteme und Austausch von Informationen (vgl. Rutke 2002 und <http://europa.eu.int/comm/education/Languages/index.html>).

Im neuen Aktionsplan „Promoting Language Learning and Linguistic Diversity: An Action Plan 2004 – 2006“ der Europäischen Kommission fällt zudem auf, dass Sprachenlernen und damit Sprachenpolitik nicht mehr als eine isolierte Politik gesehen wird, sondern dass das Umfeld des Sprachenlernens einbezogen wird. Interessant sind die politischen Ziele des Aktionsplans und deren Einbettung in die gesamten sprachpolitischen Bemühungen der EU: Lebenslanges Sprachenlernen, Besserer Sprachunterricht, Sprachförderliche Lernumgebung (European Commission 2003).

² Bezeichnenderweise wird der englische Titel ins Deutsche mit ‚Fremdsprachenpolitik‘ z.B. auf der Portalseite des Europarates übersetzt (http://www.coe.int/T/E/Cultural_Cooperation/education/Languages/).

Wie zentral die Sprachenfrage ist, zeigt der Europäische Rat in Barcelona am 15. und 16. März 2002. Nach diesem Gremium, das die westeuropäische Politik seit den 1970er Jahren nachhaltiger als jeder Nationalstaat geprägt hat (Wessels 1999), stehen die Aktionen im Sprachbereich unter dem Leitspruch, dass alle Bürger der EU zwei Sprachen zuzüglich zu ihrer Muttersprache sprechen sollen. Der Vorsitz des Rates ruft in seinen Schlussfolgerungen u.a. dazu auf:

„Verbesserung der Aneignung von Grundkenntnissen, insbesondere durch Fremdsprachenunterricht in mindestens zwei Sprachen vom jüngsten Kindesalter an (Erstellung eines Sprachkenntnisse-Indikators im Jahre 2003); ... Förderung der europäischen Dimension im Unterricht und Berücksichtigung dieses Aspekts im Rahmen der von den Schülern verlangten Grundkenntnisse bis zum Jahr 2004; ...“ (Drucksache SN 100/02: <http://ue.eu.int/pressData/de/ec/69873.pdf>).

Aus der Vielzahl von Dokumenten, Initiativen und Programmen lassen sich m. E. drei grundlegende Prinzipien einer europäischen Fremdsprachenpolitik ableiten, wie sie von den Organen der EU verfolgt wird (vgl. Consultation Document Promoting Language Learning and Linguistic Diversity (SEC 2002 1234): http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/languages/consult_en.html#consult):

- Zunächst erhält durch die Prominenz der Sprachenfrage in der EU, die Fremdsprachenbeherrschung den Rang einer weiteren Kulturtechnik, vergleichbar mit der Prominenz der Informations- und Kommunikationstechnologie und der damit verbundenen „digital literacy“ des eLearning Aktionsplan. Zwischen diesen beiden Kulturtechniken gibt es auch verknüpfende Elemente wie den eEurope-Aktionsplan (vgl. Weber 2002a).
- Sprachenlernen wird nicht isoliert gesehen, sondern im Kontext der Individuen (lebenslanges Sprachenlernen, das möglichst früh beginnt) und in den gesamtpolitischen Erneuerungsprozesses (Lissabonner Strategie) eingebunden.
- Die EU wendet sie sich gegen eine künstliche Mehrsprachigkeit in einer Muttersprache plus einer Varietät des Englischen und fördert eine Vielfalt des Fremdsprachenangebotes, zu der mit dem neuen Aktionsplan auch nicht-offizielle Sprachen wie die regionalen und Minderheitensprachen gehören.

Schluss: Eine transnationale und plurizentrische Bildungskoooperation

Berücksichtigt man die vielen Sprachkombinationen – nämlich 20 multipliziert mit 19 = 380, wenn man nur von den offiziellen Amtssprachen ausgeht -, die in transnationalen Bildungskoooperationen auftreten, dürfte klar sein, dass eine Sprachen- und Bildungspolitik neben der Förderung mindestens einer großen Verkehrssprache auch entsprechend national-regionale Konzepte entwickeln muss. Denn Sprachbedarfe sind ebenso verschieden in Berufs-, Arbeits- und Lebensort (Lüdi 2003, 72) wie die damit verbundenen Identitätsfunktionen dieser Sprachen. Somit ist die Grundforderung einer die europäischen Bildungskoooperationen stützende Sprachen- und Bildungspolitik, dass sie einerseits plurizentrisch und andererseits transnational sein muss.

Mit dem plurizentrischen Eckpfeiler könnte man den unterschiedlichen Bedarfen gerecht werden, denn Studien wie EUROMOSAIC zeigen (Nelde/Strubell/Williams 1996), dass die Bedürfnisse der Sprachgruppen in Europa sehr heterogen sind. Aus den europäischen Prinzipien der Subsidiarität, der grenzüberschreitenden Mobilität und der

Förderung von Peripheriegebieten ergibt sich, dass Regionen und Staaten nicht nur administrativ differenzierte Konzepte zu ihrer Entwicklung benötigen, sondern auch solche, die auf eine Förderung eines kollektiven europäischen Bewusstseins abzielen, sowie auf unterschiedliche wirtschaftlich und gesellschaftliche Sprachbedürfnisse (Nelde/Weber 2000b).

Bei einer zu starken Durchsetzung regionaler bildungspolitischer Kalküle ergeben sich allerdings subnationale Identitäten, in denen die regionalen – also neuen nationalen – Interessen im Mittelpunkt stehen. Und genau an diesem Punkt muss sich die gesamte EU die Kritik gefallen lassen, die Folgen ihre Förderung der regionalen sprachlichen und kulturellen Vielfalt nicht reflektiert zu haben (Schleicher 2000) – und dies evtl. mit weitreichenden Folgen nach der aktuellen EU-Erweiterung (Weber 2002b).

Damit diese plurizentrische Politik eine entsprechende Integrationskraft in entsprechenden Bildungsk Kooperationen entfalten kann, sollte daher eine transnationale bildungspolitische Klammer, z.B. in Form eines Konzeptes zur transnationalen europäischen Erziehung entwickelt werden. Kernelemente eines solchen transnationalen Bewusstseins sind vor dem Hintergrund der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Respekt und Toleranz als Ausdruck einer europäischen Solidarität als Teil der persönlichen, lokalen, regionalen und nationalen Identität der Bürger (Weidenfeld 1999, 43 ff.). Notwendig dafür ist eine stärkere Vernetzung der europäischen Öffentlichkeit über Bildungsk Kooperationen (vgl. Burgard 2000). Ein wichtiger Impuls geht hier von den neuen Medien aus, da Kommunikation und Information aufgrund transnationaler Begegnungen und Datenbestände in der vernetzten Welt der Computer europäischer werden (vgl. Schleicher 2002a, 35).

Und damit ist die Antwort auf den Titel des Vortrags klar: Die Vielsprachigkeit ist eine Herausforderung und eine Chance für die europäische Bildungsk Kooperation, wenn sie durch eine maßgeschneiderte Sprachen- und Bildungspolitik gestützt wird – maßgeschneidert für regionale plurale und transnationale vereinigende Belange!

Literaturverzeichnis

- Ammon, Ulrich (2001): Deutsch als Lingua Franca in Europa. In: Ammon, U./Mattheier, K./Nelde, P.H. (Hrsg.): Verkehrssprachen in Europa – außer Englisch (Sociolinguistica 15), 32-41.
- Ammon, Ulrich/Mattheier, Klaus, J./Nelde, Peter H. (1993) (Hrsg.): Mehrsprachigkeitskonzepte in den Schulen Europas (Sociolinguistica 7). Tübingen (Niemeyer).
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt (Suhrkamp).
- Borkenhagen, F.H.U. et al. (1999): Arbeitsteilung in der Europäischen Union: die Rolle der Regionen. Gütersloh (Verl. Bertelsmann Stiftung).
- Born, Joachim/Schütte, Wilfried (1995): Eurotexte. Textarbeit in einer Institution der EG. Tübingen (Narr).
- Bossong, Georg (1990): Sprachwissenschaft und Sprachphilosophie in der Romania: von den Anfängen bis August Wilhelm Schlegel. Tübingen (Narr).
- Bossong, Georg (1995): Von der Dissoziation zur Integration, oder: weshalb „normalisiert“ man Minderheitensprachen? In: Kattenbusch, D. (Hrsg.): Minderheiten in der Romania (Prolingua 22). Wilhelmsfeld (Egert), 33-44.

- Bruha, Thomas/Seeler, Hans-Joachim (1998) (Hrsg.): Die Europäische Union und ihre Sprachen: Interdisziplinäres Symposium zur Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des Europäischen Einigungsprozesses, Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden (Nomos).
- Burgard, Oliver (2000): Das gemeinsame Europa – von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm. Frankfurt/M. (Verlag neue Wissenschaft).
- Christ, Herbert/Christ, Ingeborg (1996): Europäische Bürger und Bürgerinnen auf dem Wege zur Mehrsprachigkeit. Theoretische und praktische Ansätze zu einer Mehrsprachigkeitsdidaktik. In: Moelleken, W./Weber, P.J. (Hrsg.): Neue Forschungsarbeiten zur Kontaktlinguistik (Plurilingua XIX). Bonn (Dümmler), 89-108.
- Dietrich, Rainer (1987): Erstsprache-Zweitsprache-Muttersprache-Fremdsprache. In: Ammon, U./Dittmar, N./Mattheier, K. (Hrsg.): Sociolinguistics. An International Handbook of the Science of Language and Society. Erster Halbband. Berlin / New York (de Gruyter), 352-358.
- Edwards, John (1987): Lingua Franca. In: Ammon, U./Dittmar, N./Mattheier, K. (Hrsg.): Sociolinguistics. An International Handbook of the Science of Language and Society. Erster Halbband. Berlin / New York (de Gruyter), 371-378.
- Eurobarometer (2001): Eurobarometer 54 Special: Europeans and Languages / Eurobaromètre 54 Spécial: Les européens et les langues (http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/ebs_147_fr.pdf).
- Europäische Kommission (1995): Weißbuch Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft. Luxemburg (Amt für amtliche Veröffentlichungen).
- Europäische Kommission (1998): So arbeitet eine vielsprachige Gemeinschaft. Der Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission. Luxemburg (Amt für amtliche Veröffentlichungen).
- European Commission (2003): Promoting Language Learning and Linguistic Diversity: An Action Plan 2004 – 2006. Brussels, 24.07.2003 COM(2003) 449 final.
- Grin, François (1999): Compétences et récompenses: la valeur des langues en Suisse. Fribourg (Editions universitaires).
- Grin, François/Moring, Tom (2002): Support for Minority Languages in Europe. Final Report to European Commission Contract No 2000- 1288 / 001 – 001 EDU-MLCEV.
- Haarmann, Harald (1995): Europeaness, European Identity and the role of language. Giving profile to an anthropological infrastructure. In: Ammon, U./Mattheier, K./Nelde, P.H. (Hrsg.): Europäische Identität und Sprachenvielfalt (Sociolinguistica 9). Tübingen (Niemeyer), 1-55.
- Hansen, Georg (2001): Zwei Jahrhunderte Produktion von Monolingualismus (plus Englisch): Der schwierige Weg zum multilingualen Europa. In: Bot, Cees et al. (Hrsg.): Institutional Status and Use of National Languages in Europe (Plurilingua XXIII), Sankt Augustin (Asgard), 159-170.
- Hermans, Stefaan (2002²): Die europäische Beschäftigungsstrategie und ihre Bildungsdimension. In: Schleicher, Klaus/Weber, Peter J. (Hrsg.): Zeitgeschichte Europäischer Bildung 1970–2000. Band I: Europäische Bildungsdynamik und Trends. Münster (Waxmann), 219–246.
- Hinderling, Robert/Eichinger, Ludwig, M. (1996) (Hrsg.): Handbuch der mitteleuropäischen Sprachminderheiten. Tübingen (Narr).
- Hoheisel, Reinhard (1999): Deutsch in den Organen der Europäischen Union. In:

- Mayer, F./Reisen, U. (Hrsg.): Deutscher Terminologie-Tag e.V.: Akten des Symposiums Deutsche Terminologie im internationalen Wettbewerb Köln, 24-25. Aprils 1998, 1-9.
- Hornberg, Sabine (1999): Europäische Gemeinschaft und multikulturelle Gesellschaft. Anspruch und Wirklichkeit europäischer Bildungspolitik und –praxis. Frankfurt a. M. (IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation).
- Hörner, Wolfgang (1994): Einführung: Bildungssysteme in Europa – Überlegungen zu einer vergleichenden Betrachtung. In: Anweiler, O. et al. (Hrsg.): Bildungssysteme in Europa. Weinheim (Beltz), 13-30.
- Klein, Horst (2001): Entwicklungsstand der Eurocomprehensionsforschung. In: Kischel, G. (Hrsg.): Mehrsprachiges Europa durch Interkomprehension in Sprachfamilien. Hagen (Fernuniversität), 40-50.
- Klein, Horst/Stegmann, Tilbert (2000²): EuroComROM – Die sieben Siebe: Romanische Sprachen sofort lesen können. Aachen (Shaker).
- Konrad, Holger (2003): Entwurf einer „europäischen Sprachenordnung“. Baumgarten, Nicole/Böttger, Claudia/Motz, Markus/Probst, Julia (eds.), Übersetzen, Interkulturelle Kommunikation, Spracherwerb und Sprachvermittlung - das Leben mit mehreren Sprachen. Festschrift für Juliane House zum 60. Geburtstag. Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht [Online], 8(2/3), 157-175.
- Krüger-Potratz, Marianne (1999): Stichwort: Erziehungswissenschaft und kulturelle Differenz. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 2/1999, S. 149–165.
- Krumm, Hans-Jürgen (1998) (Hrsg.): Die Sprachen unserer Nachbarn – unsere Sprachen. Wien (eviva).
- Labrie, Normand (1993): La construction linguistique de la Communauté Européenne. Paris (Honoré).
- Lüdi, Georges (2001): Vielfältige mehrsprachige Repertoires für alle Bürger Europas. Leitgedanken für ein europäisches „Gesamtsprachenkonzept“. In: Bot, Cees et al. (Hrsg.): Institutional Status and Use of National Languages in Europe (Plurilingua XXIII), Sankt Augustin (Asgard), 59-76.
- Mackey, William F. (2001): Conflicting Languages in a United Europe. In: Sociolinguistica 15 (Lingua francas in Europe – except English), 1-17.
- Nelde, Peter H. (1995): Sprachkonflikte im mehrsprachigen Europa – mit einem Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes. In: Clever, P./Schulte, B. (Hrsg.): Bürger Europas (Bausteine Europas IV), Bonn (Dümmler), 23-34.
- Nelde, Peter H. (2002): Perspektiven einer europäischen Sprachenpolitik. In: Rutke, D. (Hrsg.): Europäische Mehrsprachigkeit. Aachen (Shaker).
- Nelde, Peter H./Strubell, Miquel/Williams, Glyn (1996): Euromosaic. Produktion und Reproduktion der Minderheiten-Sprachgemeinschaften in der Europäischen Union (Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften).
- Nelde, Peter H./Rindler Schjerve, Rosita (2003) (Hrsg.): Der Beitrag Österreichs zu einer europäischen Kultur der Differenz. Sprachliche Minderheiten und Migration unter die Lupe genommen (Plurilingua XXVI). St. Augustin (Asgard).
- Nelde, Peter H./Weber, Peter J. (2000a): Forty Years of Evolution in Contact Linguistics. In: Tomic, Olga M. / Radovanovic, Milorad (eds.): History and Perspectives of Language Study (CILT 186), Amsterdam (John Benjamins), 187-205.
- Nelde, Peter H./Weber, Peter J. (2000b): Mehrsprachigkeit, Wirtschaft und neue Medien im Kontext Europäischer Sprachpolitik im neuen Jahrtausend. In:

- ZFSH/SGB Sozialrecht in Deutschland und Europa, 39. Jahrgang, Nummer 6, 2000, S. 329-344.
- Nelde, Peter H./Weber, Peter J. (2002): Minderheitenforschung und Sprachpolitik – von EUROMOSAIC zu ATLANTIS. In: Dokumentationen/Dokumentacija 1 (WITAJ-Sprachenzentrum), 43-75.
- Quell, Carsten (1997): Language choice in multilingual institutions: A case study at the European Commission with particular reference to the role of English, French and German as working languages. In: *Multilingua* 16 (1), 57-76.
- Risch, Benno (1994): Die Sprachendienste der Europäischen Gemeinschaft und die Perspektiven der Sprachenfrage in Europa. In: Ermert, K. (Hrsg.): *Sprache zwischen Markt und Politik: Über die internationale Stellung der deutschen Sprache und die Sprachenpolitik in Europa*. Loccumer Protokolle 1/94. Rehburg-Loccum (Evangelische Akademie Loccum), 218-226.
- Rutke, Dorothea (2002) (Hrsg.): *Europäische Mehrsprachigkeit. Analysen – Konzepte – Dokumente*. Aachen (Shaker).
- Schleicher, Klaus (2000): Nationale Bildung in der Europäischen Union: In: Schleicher, K./Weber, P.J. (Hrsg.): *Zeitgeschichte europäischer Bildung 1970-2000*. Band II: *Nationale Entwicklungsprofile*, Münster (Waxmann), 1-42.
- Schleicher, Klaus (2002a²): Standortbestimmung europäischer Bildungspolitik. In: Schleicher, K./Weber, P.J. (Hrsg.): *Zeitgeschichte europäischer Bildung 1970-2000*. Band I: *Europäische Bildungsdynamik und Trends*, Münster (Waxmann), 7-42.
- Schleicher, Klaus (2002b²): Notwendigkeit einer gebildeten Öffentlichkeit für ein demokratisches Europa. In: Schleicher, K./Weber, P.J. (Hrsg.): *Zeitgeschichte europäischer Bildung 1970-2000*. Band I: *Europäische Bildungsdynamik und Trends*, Münster (Waxmann), 411-482.
- Schweitzer, Michael/Hummer, Waldemar (1996⁵): *Europarecht: das Recht der Europäischen Union, das Recht der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EG, EAG), mit Schwerpunkt EG*. Neuwied (Luchterhand).
- Weber, Peter J. (2001): Transnationale e-bildung – Telematikgestützte Fernlehre und ihr Einfluß auf Bildung in Europa. In: Schleicher, K./Weber, P. J. (Hrsg.): *Zeitgeschichte Europäischer Bildung*. Band III: *Europa in den Schulen*. Münster (Waxmann).
- Weber, Peter J. (2002a): *Virtueller Bildungsraum Europa*. Münster (Waxmann).
- Weber, Peter J. (2002b): Europäisierung oder Re-Nationalisierung europäischer Bildung. In: Schleicher, Klaus/Weber, Peter J. (Hrsg.): *Zeitgeschichte europäischer Bildung 1970-2000*. Band III: *Schulen in Europa*. Münster / New York (Waxmann), 353-392.
- Wessels, Wolfgang (1999): Das politische System der EU. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): *Europa-Handbuch*. Bundeszentrale für politische Bildung, 333-352.
- Witt, Jörg (2001): *Wohin steuern die Sprachen Europas? Probleme der EU-Sprachpolitik*. Tübingen (Stauffenburg).